

Der Freisinn

FDP

Nr. 7/8
Juli/August 1987
9. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Eine Meinung zu einer oft diskutierten Frage

Miliz- oder Berufsparlament?

Immer wieder steht die Frage zur Debatte, ob auf eidgenössischer Ebene am Milizparlament festgehalten oder zum Berufsparlament gewechselt werden soll. Ein klares Plädoyer für das Milizparlament gibt Nationalrat Felix Auer (FDP, BL) ab:

In den eidgenössischen Räten muss pro Session durchschnittlich 150 bis 200mal abgestimmt werden. Im Nationalrat wird dies durch Erheben von den Sitzen demonstriert, im Ständerat durch jenes der Hand. Obwohl letzteres bequemer ist, finden in der Volkskammer erheblich mehr Abstimmungen statt – zum einen weil diese, vor allem wegen der vielen persönlichen Vorstösse, mehr Geschäfte zu behandeln hat, zum anderen weil in der «sachlicheren» kleinen Kammer manches weniger umstritten ist und es dort auch weniger Querschläger gibt.

Häufig Formsache

Würde jemand auf der Tribüne mein Aufstehen und Absitzen genau beobachten und mir nach Sessionende die Liste aller meiner Ja, Nein und Enthaltungen vorhalten (die vierte Möglichkeit: man ist nicht im Saal), könnte ich ihm nur in etwa einem Fünftel der Fälle genau meine Stimmabgabe begründen. Bei etwa drei Vierteln aller Abstimmungen handelt es sich nämlich entweder um eine reine Formsache: das Geschäft ist durch eine Kommission gründlich vorbereitet und in der Fraktion erörtert worden und



überhaupt nicht umstritten, oder es geht um Abstimmungen über Anträge, die eindeutig dem persönlichen parteipolitischen Selbstverständnis zuwiderlaufen (was selbstverständlich gegenseitig gilt) oder um solche, die fern der Realitäten liegen und mehr zu Demonstrationszwecken eingereicht werden, oder schliesslich umgekehrt um sofort Einleuchtendes, das ausnahmsweise erst im Plenum zur Sprache kommt.

In allen diesen Fällen ist der Entscheid einfach.

Es verbleiben die übrigen, meist umstrittenen etwa 5 Prozent Geschäfte, bei denen ich mir, offengestanden, keine Meinung bilde und mich in solchen Fällen an den Mehrheitsantrag der vorbereitenden Kommission oder die Fraktionsmeinung halte, oder bei denen ich einen gescheiterten Kollegen um Rat bitte. Zugegeben: ich habe dabei im nachhinein meinen Entscheid auch schon bedauert.

Unverantwortlich? Es ist für einen Parlamentarier – ist er nicht gerade eines der seltenen Genies mit sehr rascher Auffassungsgabe und einem stupenden Gedächtnis – schlicht und einfach nicht möglich, alle Gebiete zu beherrschen. Er muss sich spezialisieren. So hat der Schreibende, obwohl Soldat und die Landesverteidigung bejahend, noch nie (ausser die Zusammenfassung) eine Botschaft über Rüstungs- und andere EMD-Kredite studiert. Er verlässt sich auf die Anträge der Militärkommission und auf die Auffassungen der «Militärspezialisten» der Fraktion.

Auch im Ausland...

Wäre es besser bei einem Berufsparlament? Die Frage wird nicht nur deshalb gestellt, sondern auch wegen der offensichtlichen Zunahme der Fülle von Geschäften und vor allem wegen ihrer steigenden Kompliziertheit. (Man denke etwa an die Probleme der Ökologie, die vermehrt Kenntnisse der Naturwissenschaften erfordern, an jene der Aussenwirtschaft, der Entwicklungshilfe

Fortsetzung auf Seite 2

Die Meinung von alt Bundesrat Rudolf Friedrich

Unverständlicher Antiamerikanismus

Antiamerikanismus ist auch in etlichen schweizerischen Medien Mode geworden. Diese Ansicht vertritt und begründet nachstehend alt Bundesrat Rudolf Friedrich:

Bei diesem Antiamerikanismus geht es nicht etwa bloss um gezielte Kritik an einzelnen Aspekten der amerikanischen Politik, sondern um eine ablehnende bis ausgesprochen feindselige Grundhaltung überhaupt, die auch in einer tendenziösen Berichterstattung Ausdruck findet. Diese Haltung ist schon vom Hintergrund der jüngsten Geschichte her schwer zu begreifen; angesichts der heutigen internationalen Lage unseres Landes wirkt sie vollends unverständlich, und die Frage lässt sich kaum umgehen, was denn eigentlich die Motive dieser Leute seien.

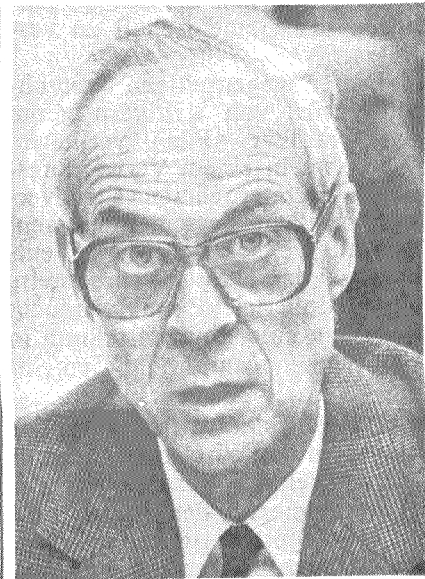
Nötiger Blick zurück

Erinnern wir uns an die Situation im Zweiten Weltkrieg! Erst das massive Eingreifen der USA in das militärische Ringen mit den Achsenmächten ermöglichte die entscheidenden Landungen der Alliierten in Italien und Frankreich, und es waren die Erfolge der Westmächte und der Sowjetunion auf den europäischen Schlachtfeldern, die uns schliesslich aus jahrelanger Umklammerung durch die Achsenmächte gelöst haben. Doch der Vormarsch der Roten Armee nach Westen brachte für unser Land auch erhebliche neue Gefahren mit sich, und wenn es der Schweiz erspart geblieben ist, dass an ihrer Grenze der rote Totalitarismus den braunen ersetzte, so verdanken wir das neben Standfestigkeit und kluger Politik der Briten vor allem dem Einsatz der Vereinigten Staaten.

Was dieser Einsatz bedeutete, lehrt uns die Situation jener Länder, die von den Russen zunächst wohl befreit, dann aber neu unterworfen worden sind. Die Frage, was mit der Schweiz geschehen wäre, hätten die USA nicht eingegriffen und wären die Sowjets bis zum Rhein oder darüber hinaus vorgestossen, ist zwar glücklicherweise hypothetisch geblieben, lässt sich aber doch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit beantworten.

Auch die Schweiz betroffen

Es geht indessen nicht bloss um jene inzwischen Geschichte gewordenen schicksalhaften Ereignisse. Die Amerikaner sind nach Kriegsende in Europa geblieben und haben seit dem Auseinanderfallen der Kriegscoalition in zwei Blöcke das entscheidende Gegengewicht zum Expansionsdrang der Sowjetunion aufgebaut, jenem Expansionsdrang, der sich unter



anderem im Satellitenstatus der osteuropäischen Länder manifestiert. Sie haben damit nicht bloss zu einer heute immerhin gut vierzigjährigen Friedensperiode beigetragen, sondern auch die weitere Existenz von Freiheit und Demokratie im Westen unseres Kontinents ermöglicht. Im östlichen Teil ist beides längst untergegangen. Ohne Amerika war, ist und bleibt es auf absehbare Zeit undenkbar, dass die Westeuropäer dem gewaltigen Gewicht der östlichen Supermacht widerstehen könnten.

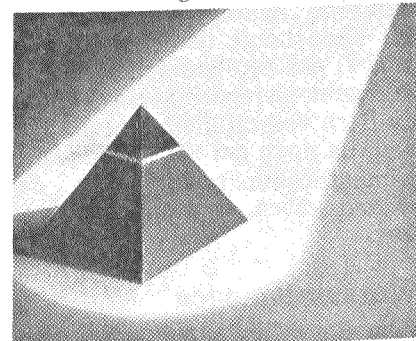
Diese politisch-strategische Lage betrifft auch die Schweiz. Unsere Neutralität ändert nämlich rein gar nichts daran, dass wir Bestandteil Westeuropas und mit dessen Schicksal auf Gedeih und Verderben verbunden sind. Diese fundamentale Tatsache macht sichtbar, wie kurzfristig, ja wie völlig gegen elementare schweizerische Interessen gerichtet der modische Antiamerikanismus

Fortsetzung auf Seite 4



Beim Staatsbesuch des argentinischen Präsidenten Raoul Alfonsín, waren Freisinnige bei einer Aussprache in der Wandelhalle des Parlaments in vorderster Linie zu treffen: Neben dem argentinischen Gast (Bildmitte) sitzen rechts Nationalratspräsident Jean-Jacques Cevey (FDP, VD) und links FDP-Fraktionschef Nationalrat Ulrich Bremi (ZH). (Foto ruti)

SKA-Anlage-Service plus



Der SKA-Anlage-Service plus präsentiert sich mit immer neuen Spitzenleistungen.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Fortsetzung von Seite 1

oder an moderne Kommunikation und Datenschutz.)

Wie Gespräche mit ausländischen Berufsparlamentariern zeigen – solche wertvollen Kontakte sind vor allem bei Konferenzen des Europarates, der Interparlamentarischen Union, beim EFTA- und beim Europaparlament sowie bei Einladungen durch ausländische Parlamente möglich – bestehen dort ähnliche Probleme. Gewiss, dem Full-time-Politiker steht mehr Zeit zur Verfügung, aber auch er kann unmöglich alles überblicken und ist auf den Rat Dritter und auf Experten angewiesen. Und auch er ist nicht unabhängig von parteipolitischen Prioritäten und von Interessen, die er in jenem des Ganzen glaubt vertreten zu dürfen.

Vorteile der Miliz

Einmal abgesehen von den Kosten – gemäss einer statistischen Erhebung hat unser Land das billigste Parlament –, hat auch das Berufsparlament Nachteile, das Milizsystem aber Vorteile, die ins Gewicht fallen. Vor allem bringt der Milizer Kenntnisse und Erfahrungen mit – dasselbe gilt im Militär –, die er sich nur in seiner zivilen Stellung erwerben kann und die ihn davor bewahren, bei dem einst Erlernten stehenzubleiben. Er ist umgekehrt in der Lage, in seinem zivilen Bereich die Anliegen der Gemeinschaft zu vertreten.

Dieser gegenseitigen Verzahnung wird von Kritikern gerne das Prädikat «Filz» verliehen. Wer etwa in einem Verwaltungsrat eines Unternehmens sitzt, vertritt schlicht dessen Interessen, und nur wer solcher Tätigkeit entsage, sei demokratisch stubenrein. Dazu dreierlei: Einmal braucht zwischen einer Spitzenstellung in der Wirtschaft und dem Gemeinwohl kein Widerspruch zu bestehen, denn letztlich lebt auch der Staat von der Wirtschaft. Bis zum Ersten Weltkrieg sassen viel mehr Unternehmer in den Räten, und es waren just diese – damals in freisinnigen Mehrheitsverhältnissen –, die den modernen Bundesstaat und weitgehend auch die Sozialgesetzgebung vorantrieben haben. Sodann kommt es nicht auf die berufliche Stellung an, um im Parlament etwas zu erreichen, sondern auf die Argumentation und die Glaubwürdigkeit. Und drittens sind in unserem Kleinstaat glücklicherweise die Verhältnisse überblickbar, man kennt seine Pappenheimer. Wer stur seine Interessen zu vertreten sucht – was übrigens nicht verboten ist –, wird bald einmal erkannt und verliert an Ansehen und Erfolg bei der Vertretung seiner Anliegen.

So kann es nicht weitergehen

Doch das Problem der Überbelastung unseres Parlamentes besteht, und zwar nicht primär wegen der Fülle persönlicher Vorstösse, so ärgerlich diese oft sein mögen, sondern jener der neuen und schwierigeren Aufgaben, die in einer hochtechnisierten und vom Geschehen in der Welt stark abhängigen Staatswesens an dessen Führung herangetragen werden. Es kann heute denn auch kaum mehr ein vollamtlicher Regierungsrat gleichzeitig ein Mandat in Bern voll erfüllen, und die Zeiten, da noch gut ein Dutzend Regimentskommandanten in den Räten sassen, sind endgültig vorbei.

Voraussetzungen

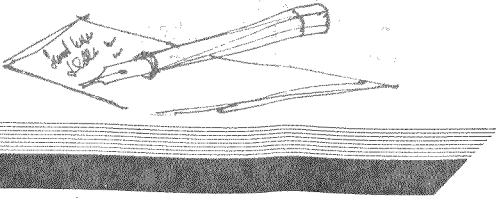
Um das Milizsystem effizient zu erhalten, müssen allerdings einige Voraussetzungen besser erfüllt sein: Es müssen auf allen Stufen unseres Staatswesens mehr Mitarbeiterinnen und Mitbürger bereit sein, sich für eine öffentliche Aufgabe zu engagieren. Und es müssen vermehrt Arbeitgeber be-

reit sein, fähigen und willigen Mitarbeitern den Dienst an der Gemeinschaft zu ermöglichen. (Um dies zu erleichtern, hat die FDP angeregt, statt einer Erhöhung der Entschädigung oder der Ausrichtung einer Pension, eine Lohn- und Verdienstersatzordnung für Parlamentarier zu schaffen, die – in gleicher Weise wie beim Militärdienst – von Lohn-einbussen Betroffenen oder deren Arbeitgebern und Selbständigerwerbenden zugute käme).

Und ein letztes: die «Infrastruktur» unseres Parlaments muss unbedingt verstärkt werden. Wir brauchen längst nicht so weit zu gehen wie der Deutsche Bundestag, wo jeder der 520 Abgeordneten über einen Arbeits- und Ruheraum verfügt, auf Kosten des Staates einen Assistenten

(und zu zweit eine Sekretärin) anstellen kann und dem überdies ein Parlamentsdienst von rund 1500 Beamten (bei uns 42) beisteht. Aber es sollten den helvetischen Milizen wenigstens vermehrt Arbeitsraum und den Kommissionen und Fraktionen zusätzliche Gehilfen bewilligt werden. Überdies liesse sich die Kommunikation mit den modernen Mitteln der Elektronik wesentlich verbessern und erleichtern. (Gemäss einer Erhebung der Bundesweibel erhält ein Parlamentarier durchschnittlich 36 Kilogramm Post pro Session, Zeitungen allerdings miteingeschlossen). Wenn wir das Milizsystem beibehalten wollen – und dies ist gewiss auch der Wille des Volkes –, muss jedenfalls mehr für seine Erhaltung getan werden!

Leserbriefe



Ein grosses Frauenlob den Appenzell Ausserrhodern

Die Ferien lassen oft Raum und Zeit für Lektüren und Betrachtungen, die dem Alltag entlaufen; dies besonders in diesem Jahr, weil die Sonne öfters in Strömen lacht.

So fand ich im neu erschienen Appenzellerkalender für das Jahr 1988 – im Volksmund liebevoll vertraut Joggelikalender genannt – eine Aufstellung sämtlicher Behörden und Beamten in den beiden Appenzell, die mich beim näheren Hinsehen doch überraschte: In den 20 Gemeinden Ausserrhodens gibt es in deren 16 mindestens eine Gemeinderätin, in Trogen, Teufen und Walzenhausen sogar zwei. Auch das kantonale Jugendgericht wird von einer Frau präsidiert.

Wie oft werden die Appenzeller – und es wird nie unterschieden zwischen Inner- und Ausserrhodern – insgesamt als hinterwäldlerisch und rückständig, besonders in ihrem Verhältnis zu den Frauen, bezeichnet. Auch die Ausserrhoder halten bis heute noch an ihrer Männerlandsge-

meinde fest. Wer diesen Anlass am letzten Sonntag im April mit seiner besonderen Atmosphäre kennt und weiss, wie tief er im Leben selber wurzelt, begreift leichter, dass es hier nicht um «Frauenfeindlichkeit» geht, sondern um die Angst, ein Stück echter Kultur hergeben zu müssen. Diese Besorgnis zu überwinden ist eine Entwicklung, die aus diesem Kanton selber erwachsen muss und auch wird.

Dass aber die Appenzell Ausserrhoder durchaus bereit sind, Gleichberechtigung mit den Frauen zu erwirken (und hier muss zu den Innerrhodern unterschieden werden), zeigt doch die Tatsache der effektiven Mitbeteiligung der Frauen auf kommunaler Ebene in 80% aller Gemeinden.

Dazu sollte doch auch einmal gesagt werden: Dies sind wirklich Zahlen, von denen Frauen in den meisten andern Kantonen nur träumen!

Christine Egerszegi-Obrist, Vizepräsidentin SVFF, Mellingen

KMVG-Revision/Mutterschaftsgeld: Das Referendum war nötig!

98 831 Schweizerinnen und Schweizer haben das Referendum «gegen die Änderung vom 20. März 1987 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung» unterzeichnet. Der weitaus grösste Teil der Unterzeichner dieses überzeugend zustande gekommenen Referendums ist nicht einverstanden mit dem durch eine weitere Lohnsteuer finanzierten und nach dem Giesskannenprinzip ausgerichteten Mutterschaftsgeld, das ganz am Schluss der Beratungen der Krankenversicherungsrevision noch aufgefropft wurde. Im «Freisinn» vom Juni 1987 wird ein von der PR-Agentur Dr. Rudolf Farner verbreiteter Artikel unter dem Titel «Vor einem Scheiternhaufen?» publiziert. Der Beitrag basiert auf unzureichenden Abklärungen und darf daher nicht unwidersprochen bleiben.

So wird behauptet, mit dem Mutterschaftsgeld werde ein Verfassungsauftrag aus dem Jahr 1945 erfüllt. Der Bundesrat hat schon in seiner Botschaft vom 17. November 1982 über die Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft» erklärt, soweit die Verfassung einen verbindlichen Gesetzgebungsauftrag enthalte, sei dieser erfüllt. In ihrer Dissertation schreibt Frau Dr. Gabriela Riemer-Kafka («Rechtsprobleme der Mutterschaft»), ein Untätigbleiben oder Verzögern könne man dem Gesetzgeber nicht vorwerfen. Der Verfassungsauftrag sei auch ohne dieses neue Obligatorium bereits erfüllt.

Der Schreiber des PR-Artikels führt sodann aus, der Gewerbeverband habe am 30. März beschlossen, «das Referendum gegen das Sofortprogramm und das darin integrierte Mutterschaftsgeld zu ergreifen». Die bescheidenste Recherche hätte bereits ergeben, dass die 94 688 vom Schweiz. Gewerbeverband zur Bundeskanzlei gebrachten Unterschriften sich ausdrücklich auf das Mutterschaftsgeld bezogen (das ist auf den Karten vermerkt); ein Beschluss, wie ihn der Artikelschreiber wiedergibt, ist nicht gefasst worden. Es ist nicht den Gegnern des neuen, durch zusätzliche Lohnabzüge finanzierten Obligatoriums anzulasten, dass man diese Vorlage sachwidrig mit dem Sofortprogramm koppelte. Die zurzeit laufende Diskussion zeigt übrigens deutlich, dass dieses den Preis eines ersten Schrittes zur Verstaatlichung der Mutterschaft nicht wert ist.

Die Unsorgfalt des PR-Artikels gipfelt schliesslich im Vorwurf, der Gewerbeverband sei zu fragen, «warum er sich erst nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen in die Diskussion eingeschaltet habe». Mit geringfügigen, durchaus zumutbaren Rückfragen wäre zu erfahren gewesen, dass der SGV in Eingaben, in Debatten in der Gewerbegruppe der Bundesversammlung, der ein grosser Teil der bürgerlichen Parlamentarier angehört, in vielen Artikeln, in der Gewerkekammer,

wo ein prominentes Mitglied der Ständekommission seinen Standpunkt darlegen und die Stimmung dieses entscheidenden SGV-Gremiums in Erfahrung bringen konnte, in der anschliessenden Pressekonferenz und in weiteren Veröffentlichungen gewiss klar und deutlich genug seinen Standpunkt zum Ausdruck gebracht hat. Schliesslich hat in der parlamentarischen Auseinandersetzung der SGV-Vizepräsident, Nationalrat H. R. Früh, FDP, an vorderster Front und für jeden wahrnehmbar, gegen diese Vorlage gekämpft. Sein Mut hat in der erfolgreichen Referendumskampagne breite Anerkennung gefunden.

Peter Clavadetscher, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes

Partei ohne Zukunft

Es ist nicht leicht, grüne Politik zu machen. Derjenige, welcher sich vehement für die Rettung der Umwelt einsetzt, wird nämlich gründlich und misstrauisch beobachtet. Das kann zuweilen recht unangenehm sein, den Grün steht für Bescheidenheit!

Natürlich sind grüne Politiker auch nur Menschen und eben keine Heiligen. Ein ehrlicher Vertreter der grünen Partei müsste all seinen Luxus aufgeben oder sich sehr stark, vielleicht sogar auf das Lebensnotwendige, einschränken. Und selbst dann wäre er immer noch kein Heiliger. Überlassen wir es der Beobachtungsgabe unserer Mitmenschen, welche grünen Grössen die genannten Voraussetzungen halbwegs erfüllen. Wir wissen es, sie sind gar auf die Mitstreiter anderer Couleurs angewiesen... doch müsste eigentlich Rot «Halt» bedeuten!

Angeblich weil die Menschen ihren Verstand nicht richtig einsetzen, braucht es die Armee. Es muss befürchtet werden, dass dieser Zustand bleibt. Ausgerechnet mit Hilfe derjenigen, die unsere, leider notwendige Armee abschaffen wollen, profiliert sich die Grüne Partei der Schweiz. Ein Offizier der Schweizer Armee an der Spitze macht mit den Stimmen der Linken Politik. Ist das nicht ein Schabrack erster Güte?

Es gibt grüne Politiker schwarzer und solche roter Prägung. Zu den letzteren möchte ich den Herrn Schmid einmal nicht zählen. Aber auch nicht zu den wenigen ehrlichen Grünen, welche diese Unterwanderung nicht wollen. Zwar mag das Taktieren mit der Linken beim Stimmengang nützlich sein. Welches aber dannzumal die nützlichen Idioten waren, wird die Zukunft zeigen und auch, ob der Herr Präsident seine ungewollten Gäste bei Nicht-mehr-Bedarf wieder loswerden wird. Wahrscheinlich kann es auch an-



Erhält die FDP erstmals eine Regierungsrätin? Der Entscheid liegt vorerst bei den Solothurner Freisinnigen, anschliessend beim Solothurner Souverän. Denn als Kandidatin steht die frühere Nationalrätin Cornelia Füg zur Diskussion. Auf unserem Bild (Foto rutli) ist sie im Gespräch mit FDP-Präsident Nationalrat Bruno Hunziker.

dersrum kommen; die Stunde der Wahrheit steht noch aus.

Im Frühsommer, der keiner war, wurde in einer Lagebeurteilung der grünen Partei versucht, die Unterschiede der Grünen in der Bundesrepublik und der Schweiz darzulegen. Dem Verfasser und Präsidenten taten damals die deutschen Grünen sehr leid, widmete er ihnen doch mehr als die Hälfte seiner Betrachtungen. Im Sinne, was nicht sein kann, noch nicht sein darf, wurden die Verhältnisse in unserem Land recht zuversichtlich dargestellt. Dass die Grünen der Schweiz gegenüber ihren deutschen Nachbarn lediglich im Rückstand sind, wurde verschwiegen.

Ist nicht die Krise der Grünen Partei schon vorprogrammiert? Wäre eine grüne Bewegung, vergleichbar mit dem Schweizer Heimatschutz oder dem Naturschutz nicht doch wirkungsvoller? Die Stimmen solcher Organisationen werden heute ernstgenommen, man hört auf sie. Andersseits könnten einem Schweizer Umweltschutz Bürger aller Parteien angehören und so Druck auf ihre eigenen, bereits regierenden Volksvertreter, ausüben. Es steht ja wirklich in den Sternen, ob die Grünen je einmal regieren werden. Das Schweizervolk wird sich rot-grünen Experimenten verschliessen und der Grünen Partei die Rolle zuweisen, die ihr zusteht, jene des Statisten.

Urs Schenker, Hüttwilen

Sozialtarif – «Formel 1» nun auch in der Politik?

Nicht genug, dass eine einseitige «grüne» Rangliste unserer Parlamentarier herausgegeben wurde, nun kommt auch die SP mit einer Bewertung auf anderem Politparcours. Da müsste doch konsequenterweise die NA antreten, mit Punkten nach vom Platz verwiesenen Ausländern, die PdA, bewertet nach Anzahl Kontakten mit dem Kreml, die Frauenbewegung nach dem Kriterium, welche Parlamentarier ihre Ehefrauen weg vom häuslichen Herd geführt haben, die GP misst die Anzahl tatsächlich gefahrener Kilometer mit dem Rad am offiziellen Velotag, die humanistische Partei ermittelt, welcher Parlamentarier während der Session tatsächlich den Goethe gelesen hat, die Landwirtschaftsvertreter publizieren Milch- und Butterkonsum pro Kopf und Session unserer Parlamentarier. Sieger kann es mit so eindimensionalen Ranglisten keine geben, nur Verlierer. Vorab unsere politische Kultur steht als Verlierer bereits fest. Sportsendungen in Radio und Fernsehen genügen. Zudem könnte all jenen Parlamentariern ihre harte Arbeit vermiest werden, die es sich noch leisten, gesamtheitlich zu denken und den Mut zu haben, sich nicht nach solch einseitigen Messlaten auszurichten. Showgeschäft nun auch in der Politik? Die SP und die Grünen sind auf dem Weg dazu, zu einer schlechten Show wahrhaftig!

R. E. Schärer, Herrliberg



Für Zusammenlegung von EIR und SIN

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) befürwortet eine Zusammenlegung des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung in Würenlingen (EIR) und des Schweizerischen Instituts für Nuklearforschung in Villigen (SIN). In ihrer Vernehmlassungsantwort erinnert die Partei daran, dass entsprechende Begehren von ihrer Seite bereits früher gestellt wurden, um die Koordinations- und Rationalisierungsmöglichkeiten der beiden Institute zu nutzen. Sowohl die zunehmenden Überlappungen auf deren Arbeitsgebieten wie auch eine Optimierungsstudie zeigen nach Ansicht der FDP auf, dass die vorgesehene Zusammenlegung ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Für Wohneigentumsförderung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst es, dass Mittel der gebundenen Selbstvorsorge (dritte Säule) für die Wohneigentumsförderung eingesetzt werden können. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort zu einem entsprechenden Verordnungsentwurf festhält, wird damit ein altes freisinniges Postulat erfüllt. Für die FDP kommt der Wohneigentumsförderung über die dritte Säule grosse Bedeutung zu, da sich die Instrumente im Rahmen des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge (zweite Säule) bis heute als wenig wirksam erwiesen haben. In ihrer Stellungnahme fordert die Partei den Bundesrat auf, die Möglichkeiten der Wohneigentumsförderung über die zweite Säule erneut einer Prüfung zu unterziehen.

Für die FDP stellt sich die Frage, ob für die Wohneigentumsförderung mit den Mitteln der gebundenen Selbstvorsorge eine eigene Verordnung erlassen werden muss. Die Partei regt an, die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen in die geltende Verordnung einzubauen, um so die Rechtssicherheit zu erhöhen. Gleichzeitig fordert sie, dass dem häufig vorgebrachten Postulat der «Miliztauglichkeit» von Erlassen grösste Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Bitte senden Sie mir ein Exemplar des «Freisinnigen Manifestes zum Umweltschutz». Gratis.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

FDP-Präsident Hunziker zum Umweltschutz

Statt grüne Rhetorik eine wirkungsvolle Politik

Grün ist «in». Dies spürt man im Vorfeld des eidgenössischen Wahlherbstes überdeutlich. Allerdings folgen den Umweltworten nicht immer die entsprechenden Umweltschritte. FDP-Präsident Nationalrat Bruno Hunziker (Aarau) nimmt zu dem von verschiedenen Umweltorganisationen herausgegebenen «Umweltschutz» Stellung:

Unter der Affiche «grün» lässt sich heute fast alles und jedes verkaufen. Dass dabei oft von einer schiefen Optik ausgegangen wird, trübt den Blick für die tatsächlichen Probleme und Anliegen im Umweltschutz. Der sogenannte Umweltschutz, den verschiedene Umweltorganisationen im Hinblick auf den Wahlherbst herausgegeben haben, zeugt von Überheblichkeit und Intoleranz. Einerseits beanspruchen diese Leute, immer recht zu haben, andererseits billigen sie den andern nicht die Fähigkeit und den Willen zu, taugliche Lösungen anzubieten. Die diesem «Umweltschutz» zugrunde liegende Denkweise ist sehr einseitig und zudem oberflächlich. Als Kriterium, ob ein Nationalrat als «grün» zu gelten habe, wird da beispielsweise auch die Abstimmung über die Rahmenbewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst beigezogen.

Unzulässige Gleichung

Nun ist die Gleichung anti-KKW gleich «grün» schon vielerorts zum Gemeingut geworden und hat auch bereits einer bürgerlichen Bundesratspartei zu entsprechenden Lorbeeren verholfen. Dabei schneiden Kernkraftwerke allerdings, solange man sie ernstzunehmenden und realistischen Alternativen gegenüberstellt, unter dem Aspekt der Umweltbelastung



stung immer noch mit Abstand am günstigsten ab. Es macht den Anschein, als ob die Autoren des «Umweltschutz» als Massstab für «grüne» Gebaren all jene Themen auswählten, die in der Bevölkerung Verunsicherung und ein gewisses Unbehagen ausgelöst haben. So ist es natürlich einfach, jene Parlamentarier aufs Podest zu heben, die einem in den Kram passen.

Auch sonst handelt es sich beim «Umweltschutz» um eine höchst problematische Momentaufnahme. Er beschränkt sich auf ein gutes Dutzend Abstimmungen unter Namensaufruf und ist deshalb sehr willkürlich. Was Parlamentarier in den Kommissionen zugunsten der Umwelt getan oder gelassen haben, ist ebenso kein

Thema wie die Frage, welche publikumswirksamen Vorstösse im rhetorischen Stadium steckengeblieben sind und welche wirklich auch in die Tat umgesetzt werden konnten.

Mit Worten ist es nicht getan

Pausenlos Forderungen zustellen und in einzelnen Abstimmungen ein «grünes» Ja oder Nein in die Waagschale zu legen, ist bei Lichte besehen ein doch eher bescheidener Leistungsausweis und bringt uns im Umweltschutz keinen Schritt weiter. Etwas anderes ist es, sich für Anliegen zu engagieren und ihnen zum Durchbruch zu verhelfen, die auch tatsächlich Chancen haben, in absehbarer Zeit ihre Wirkung zu entfalten. Letzteres ist nicht nur aufwendiger, sondern auch weniger spektakulär und deshalb weniger attraktiv für Politiker, die den Trend als politischen Wegweiser benützen.

Im internationalen Vergleich rangiert unser Land in Sachen Umweltschutz erwiesenermassen in den vordersten Positionen, was nicht heissen will, dass wir nicht noch mehr tun müssen. Nun wäre es an sich verlockend, einmal den Ursprung, die Urheberschaft all jener zahllosen Umweltschutzbestimmungen, die schon in Kraft sind und für Verbesserungen gesorgt haben, zu eruieren. Das würde den «Umweltschutz» wahrscheinlich erheblich durcheinanderbringen, lässt sich aber nicht derart plakativ darstellen. Man kann des steten Verweises auf das oder die Akzeptanz bedauern, Tatsache aber bleibt, dass uns bisher nicht die «grüne» Rhetorik, sondern eine reale und realisierbare Politik mit Hand und Fuss im Umweltschutz weitergebracht hat. Um eine solche zu ermöglichen, braucht es Parlamentsmehrheiten, die ohne die bürgerlichen Parteien nicht zustande kommen. Das dürfte auch in Zukunft so sein. Wäre die Umwelt wahlberechtigt, so würde sie im Herbst wahrscheinlich nicht «grün» gemäss Umweltschutz wählen.

Unberechtigter Angriff auf die schweizerische Asylpolitik

Fortgesetzte Misstrauensstrategie

Obwohl der Souverän am 5. April mit aller Deutlichkeit die Asylpolitik des Bundesrates – und damit natürlich vor allem jene von Bundesrätin Elisabeth Kopp als zuständiger Departementschefin – gutgeheissen hat, wird von den Gegnern weiterhin eine Nadelstichstrategie verfolgt. Dazu ein Kommentar von Nationalrat Hans Georg Lüchinger (FDP, ZH):

In der Abstimmungskampagne vom Frühjahr haben die Gegner der 2. Asylgesetzrevision vor allem Misstrauen in die zuständigen Bundesbehörden gesät. Durch eine allgemeine Verunsicherungskampagne hofften sie zu einem Nein des Souveräns zu gelangen. Ohne Erfolg.

Die Misstrauensstrategie wird fortgesetzt. Da finden sich in einzelnen Zeitungen immer wieder Communiqués irgendwelcher lokaler oder regionaler Asylkomitees, welche die Ablehnung dieses oder jenes konkreten Asylbegehrens als Willkür und Unmenschlichkeit geisseln. Die wahren Gründe der Ablehnung erfährt der Bürger nie, weil die Mitarbeiter des Delegierten für das Flüchtlingswesen anderes zu tun haben, als sich laufend mit solchen Nadelstichen zu befassen.

Vor einiger Zeit ist eine Stellungnahme der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (SFH) zu den neuen Flüchtlingsempfangsstellen durch die Medien gegangen. Diese Empfangsstellen seien ein Versuch, «trotz mangelnden gesetzlichen Verfahrensbestimmungen eine praktisch

realisierbare Ordnung zu schaffen». Dem Bürger wurde damit das Fehlen gesetzlicher Verfahrensregeln als Mangel suggeriert, während der Gesetzgeber das Verfahren ganz bewusst an den Bundesrat delegierte, damit es an sich verändernde Bedingungen kurzfristig angepasst werden kann. Die SFH kritisierte ferner die Regelung, wonach nicht auf direktem Wege an die Schweizer Grenze gelangende Asylbewerber nur mit Bewilligung des Delegierten für das Flüchtlingswesen einreisen können. Das könne völkerrechtliche Verpflichtungen beeinträchtigen, heisst es. Dem Delegierten wird also von vornherein Ermessensmissbrauch unterstellt. Ein weiterer Nadelstich.

Die fortgesetzte Misstrauensstrategie stützt sich auf eine Vielzahl verschiedenster Gruppierungen und Aktivisten, die sich medienwirksam in Szene zu setzen verstehen. Weil sich Parlamentarier und Parteien nach dem klaren Volksentscheid vom 5. April wieder anderen Problemen zugewandt haben, fehlt der Gegenstandspunkt. Der Bürger wird desinformiert.

Aufruf

zur Teilnahme an der
Wahlkundgebung

der Freisinnig-
Demokratischen Partei
der Schweiz (FDP)

am 12. September
in Aarau

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Parteifreunde

Nach einem längeren Unterbruch führte die FDP der Schweiz 1979 im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen wieder einmal eine nationale Manifestation durch. Die damals Verantwortlichen waren skeptisch, ob die Freisinnigen den Weg nach Brunnen SZ finden würden. Doch ihre Zweifel waren unbegründet: Gegen 1000 Freisinnige aus der ganzen Schweiz fanden sich in der Urschweiz ein. Verständlich, dass vier Jahre später erneut eine Wahlkundgebung durchgeführt wurde – diesmal in Burgdorf. Und wiederum mit Erfolg!

Wir stehen, was wir Ihnen ja kaum in Erinnerung zu rufen brauchen, in einem eidgenössischen Wahljahr. An einer nationalen Wahlkundgebung will die FDP der Schweiz am 12. September im zentral gelegenen Aarau ihre Geschlossenheit und ihre positive Einstellung zur Schweiz manifestieren. Jedes Parteimitglied ist herzlich eingeladen! Bezeugen Sie mit Ihrer Teilnahme, dass die Freisinnigen aktiv an unserem Staat mitarbeiten und die Zukunft für alle freiheitlich gestalten wollen.

Kommen Sie nach Aarau mit Ihren Angehörigen und Ihren Freunden. Zeigen Sie mit uns der schweizerischen Öffentlichkeit, dass die liberalen Kräfte in diesem Lande noch lebendig sind und dass es die grosse schweizerische FDP-Familie tatsächlich gibt.

Wir freuen uns heute schon darauf, Sie in Aarau unter uns begrüssen zu dürfen.

FREISINNIG-DEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

B. Hunziker

H. R. Leuenberger

B. Hunziker

H. R. Leuenberger

Programm

- ab 9.30 Ankunft der Züge in Aarau
- 9.30/9.45 Abfahrt Extrabus ab Parkplatz Schachen (neben Sporthalle) zum Bahnhof Aarau
- Besammlung auf dem Bahnhofplatz Aarau
- 10.00 Umzug durch Aarau zur Sporthalle Schachen
- 10.45 Politische Manifestation
- Begrüssung durch Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (AG)
- Kurzreferate von Bundesrätin Elisabeth Kopp und Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
- Statements zu den Schwerpunkten freisinniger Politik von Ständerat Robert Ducret (GE), Nationalrat Massimo Pini (TI) sowie Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (ZH)
- 12.30 Apéro und Mittagessen
- ab 14.00 Unterhaltungsprogramm für gross und klein mit verschiedenen Musikgruppen
- Tanz
- Freier Ausklang
- Günstige Rückfahrmöglichkeiten dank Taktfahrplan in alle Richtungen. Ab 15.30 regelmässiger Extrabus ab Sporthalle Schachen zum Bahnhof Aarau.

Ja, wir kommen am 12. September auch nach Aarau

Wir sind _____ Erwachsene und _____ Kinder.

Wir benützen die Bahn
 Wir fahren mit dem Auto
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Name, Vorname: _____

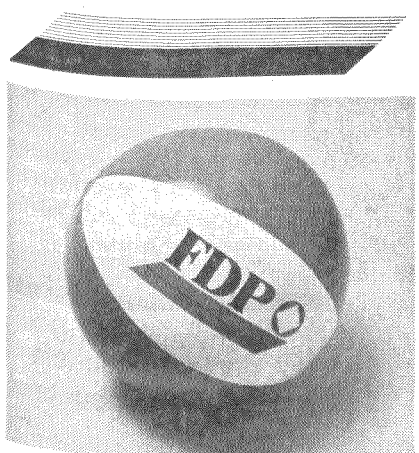
Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte Talon raschmöglichst einsenden an das FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern, spätestens jedoch bis 5. September. Danke.



Sommer wird's

auch nach einem regnerischen Sommer mit dem FDP-Wasserball in den Farben Rot/Blau/Weiss und FDP-Aufdruck. Eignet sich auch als originelle Dekoration für Sommerfeste. Durchmesser aufgeblasen 55 cm. Preis Fr. 1.50.

Bitte senden Sie mir _____ Stück Wasserball zum Preis von Fr. 1.50 (plus Porto und Verpackung).

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte einsenden an: Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern



Zur lancierten «Schweizer Friedensinitiative»

Von einer pazifistischen Fata Morgana auf Kosten der Freiheit

Gewährleistet «die Abschaffung des Krieges für immer» die politisch-individuelle Freiheit? Diese Frage versucht Hans Eberhart zu lösen:

Kann man in dieser die Rangordnung politisch-ethischer Werte einbeziehenden Frage überhaupt die Asymmetrie der Ideologien in Ost und West, die unterschiedlichen Vorstellungen von der gesellschaftlichen Ordnung im Innern der und zwischen den Staaten ausser acht lassen, ohne die wichtigen realpolitischen Besonderheiten zu vernachlässigen, ohne die Gegenwart durch die Brille idealtypischer Schemen zu verkennen?

Wenn die Antwort auf die Frage, was den Frieden eher ermöglichte, «die Abschaffung aller Waffen» oder eine diesem dienende Politik der bewaffneten Neutralität, zugunsten der ersteren ausfällt; wenn Friedenskämpfer aus dem Schosse der schweizerischen Friedensbewegung und anderer Moskauer Friedenspropaganda Dienste leistender Gruppierungen selbst eine minimale Sicherheitsgarantie mittels Waffen aberkennen, ohne nur ein Wort über den tragischen sowjetischen Protektionismus und die dramatische, unbarmherzige Rivalität zwischen der kommunistischen Ambition auf eine klassenlose Gesellschaft (Weltherrschaft) und den westlichen Demokratien zu verlieren; wenn solche Bürger der traditionell und strukturell friedfertigen Schweiz sich anmassen, das «Schweizervolk» zu «Frieden und Abrüstung zu erziehen» – dann engagieren sich diese in einer unzusammenhängenden Welt. Könnte denn ein Aneinandergeraten zweier oder mehrerer Staaten oder eine Machtprobe zwischen ihnen vermieden werden, wenn eine «Welt ohne Waffen» realisiert wäre? Wäre damit der unfehlbare Weg zum Frieden beschritten? So gefragt, leuchtet ein, dass es nicht die Waffen an sich sind, die Kriege ermöglichen, sondern viel eher der Naturzustand und die verschiedenen Interessen, die die Staatenwelt auch heute noch kennzeichnen.

Bewährte Strategie der Abhaltung

Es lohnt sich für den Konsens unserer Aussen- und Sicherheitspolitik, die illusionären Gewissheiten dieses Initiativkomitees mit weiteren das zeitlose Problem der Friedenssicherung vertiefenden Antworten zu überprüfen. Auch wenn der gutgläubige Wille für «Ab-

schaffung des Krieges» der legitimen Furcht vor immensen Waffen entspringt, so vermag das nicht über das geringe politische Urteilsvermögen dieser Kreise hinwegzutäuschen. Friede war nur so lange möglich, wie Stärke und Festigkeit einen potentiellen Angreifer abgehalten haben.

Das ist für unsere Kulturzone nicht erst eine Erfahrung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sondern eine solche der Geschichte überhaupt. Auch wenn die Existenz nuklearer Waffen dem Abschreckungskonzept eine psychologisch zuvor nie gekannte Dimension verliehen hat, bleibt grundsätzlich richtig: einem möglichen Aggressor eine für ihn ungünstige Risikorechnung vorzulegen. Die Ansicht des Initiativkomitees, wonach mit den heute vorhandenen Waffen die «Wahrscheinlichkeit sinkt, dass der Krieg nicht ausbricht», die Waffen also eine weltanschauliche Eigendynamik entwickeln und dadurch zwangsläufig zum Krieg führen würden, schwächt die Akzeptanz des Abschreckungskonzeptes sukzessive.

Freiheit kommt vor Frieden

Wer die öffentliche Diskussion über unsere Aussen- und Sicher-

heitspolitik verfolgt, kommt zum Schluss, dass der Frieden der höchste, ja «der» säkulare Wert schlechthin sei. Wenn das Initiativkomitee «Sicherheit, Friede und Wohlergehen» signalisiert, ist es bereit, die Freiheit dem unterzuordnen. Muss daraus geschlossen werden, dass die charakteristischen Züge der demokratisch-liberalen Systeme wie nationale und individuelle Selbstbestimmung und Schutz der Rechte unwichtig geworden sind?

Das erscheint als gefährlich, denn Frieden gibt es nur in Freiheit; Diktaturen bedeuteten und bedeuten stets Unterdrückung, Missachtung der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung, ja sogar Krieg. Die Invasion Afghanistans mit den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen stellt keine Missachtung dieser Regel dar. Wenn also ein direkter militärischer Angriff auf den Westen nicht gewagt werden kann, so soll doch der Weg über die Friedensmethode versucht werden: politpsychologische Aufweichung und Verwässerung des Verständnisses dafür, dass der Wert der Freiheit nach westlichem Verständnis durch den Frieden nach kommunistischen Vorstellungen vernebelt wird. Der Pflege der freiheitlich-demokratischen Kultur kommt angesichts der Friedenspropaganda grösste Bedeutung zu.

Strategie zur Schwächung des westlichen Verteidigungswillens

Die Sowjets machen sich nämlich schon lange den Grundsatz des

Fortsetzung von Seite 1

ist, dessen Drahtziehern es ja schliesslich darum geht, die Amerikaner aus Europa herauszumanövrieren, ihnen dieses Europa zu verleiden.

Beifall nicht unbesehen

Damit soll beileibe nicht gesagt werden, dass allen Aspekten der amerikanischen Politik unbesehen Beifall zu zollen sei. Grossmachtpolitik hat stets ihre negativen, unerfreulichen Seiten, und die Amerikaner vertreten ihre eigenen Interessen genauso wie die andern Staaten – die Schweiz inbegriffen – auch. Aber das ändert nichts daran, dass wir ihnen nicht nur zu einem wesentlichen Teil die Befreiung von jenem totalitären System verdanken, das im Zweiten Weltkrieg unser Land akut in seiner Existenz gefährdete, sondern auch den Schutz vor jenem andern, in dessen Herrschaftsbereich Freiheit und Demo-

kratie auch heute keinen Platz haben.

Und wem das noch nicht genügt, der braucht nur einmal ehrlich die Frage zu beantworten, im Einflussbereich welcher Supermacht ein freiheitlich-demokratischer Kleinstaat die besseren Existenzmöglichkeiten habe, und zu diesem Zweck etwa die Situation Portugals, Belgiens oder Norwegens mit derjenigen der CSSR, Rumäniens oder Bulgariens zu vergleichen. Er wird dann ziemlich zwangsläufig zum Schlusse kommen, dass es in unserem ureigenen Interesse liegt, die Politik der westlichen Führungsmacht in Europa mitzutragen, soweit uns das überhaupt möglich ist, statt in manchmal geradezu einfältiger Weise so zu tun, als ob in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den offenen Gesellschaften demokratischen Zuschnitts und dem kommunistischen Totalitarismus alles gleichsam Hans was Heiri sei.

zweckorientierten politischen Handelns nunmehr, mit einem Minimum an Aufwand und Risiko ein Maximum von Erfolg zu erzielen. Von Lenin bis Breschnew und weiter haben sich die sowjetischen Führer durch die Überzeugung leiten lassen, die friedliche Kapitulation des Westens mittels Koexistenzdoktrin zu erreichen. Dabei nutzt die Sowjetunion konsequent ihre Politik des «Friedens» aus, um die sozialistische Befreiung herbeizuführen.

Die Friedensdiskussion, wie sie angesichts des «Schweizer

Friedenskomitees» angestrebt wird, bewirkt somit nicht nur eine Verwirrung in zentralen politischen Fragen der Gegenwart, sondern versucht auf dem Hintergrund geschürter apokalyptisch-modischer Friedensvorstellungen die Besonderheiten und Realitäten der internationalen Gesellschaft zu verwischen. Zu beherzigen ist jene Aufforderung, wie sie der grosse französische Denker Raymond Aron in «Le Grand Schisme» empfahl: «Hören wir auf zu träumen und kehren wir zu unserer täglichen Arbeit zurück!»

HAUS Paloma

Alters- und Pflegeheim für Senioren
Haldenstrasse 29
8345 Adetswil-Bäretswil
Telefon 01 - 939 24 00

Das Haus mit der persönlichen Atmosphäre in der idyllischen Landschaft des Zürcher Oberlandes.

SBG – für uns schon lange die erste Bank.



SUBG Schweizerische Bankgesellschaft

Liegenschaftsverwaltung Erstvermietung

Wir betreuen Ihre Liegenschaften mit der gleichen Umsicht wie unsere eigenen – schenken Sie uns Ihr Vertrauen!

Mit uns über Liegenschaften reden lohnt sich

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 31

Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Bodenstedt

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit fast 300 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

Rufen Sie uns an (Telefon [043] 21 20 81), oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wiübüchli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schulz & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen-Schwyz

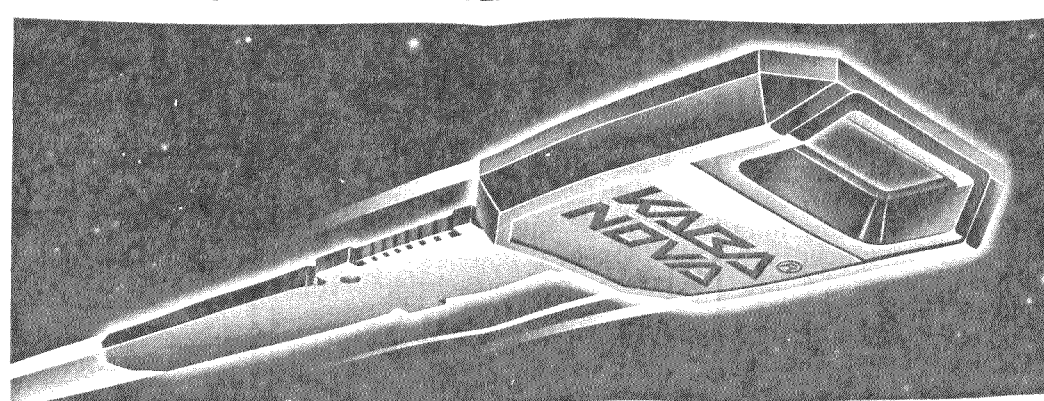


SCHULER-WEINE
St JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Freisinnige Frage nach dem Nein zur CH 91

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung will mit einer Interpellation (Sprecher: Nationalrat Felix Auer, BL) vom Bundesrat Auskunft darüber, wie sich dieser nach der Ablehnung der CH-91-Vorlagen durch die Inner-schweizer Kantone zur Frage der Durchführung einer würdigen 700-Jahr-Feier der Eigenossenschaft stellt. Insbesondere interessieren sie auch die Folgerungen, welche die Landesregierung aus dem kürzlich vom Stiftungsrat der CH 91 erstatteten Bericht zieht. Für die freisinnige Fraktion stellt sich die Frage, ob das Jubiläum der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft 1991 mit einer Landesausstellung verknüpft werden soll oder ob nicht durch andere Veranstaltungen der Weg der Schweiz, ihre Geschichte und Aufgabe heute und in Zukunft sowie unsere Verbundenheit mit der Welt aufzeigt und die Gemeinschaft in unserem Bundesstaat gefördert werden könnte.

KABA NOVA – der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

BAUER KABA

Bauer Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon 1
Telefon: 01/931 61 11
Telex: 875481
Telefax: 01/931 63 85

Freisinnige Thesen zur Demokratie

Jagmetti: «Wir brauchen mehr als nur einen neuen Farbanstrich»

«Unsere Demokratie braucht mehr als bloss einen neuen Farbanstrich.» So äusserte sich der Zürcher Ständerat und Professor Rico Jagmetti an der Pressekonferenz, an welcher die unter seiner Leitung erarbeiteten «Thesen der FDP zur Demokratie» vorgestellt wurden. Nachstehend ein Auszug aus seiner Stellungnahme:

Unsere Demokratie ist im 19. Jahrhundert für den damaligen Staat entwickelt worden. Die Herausforderungen haben sich gewandelt, das öffentliche Wirken hat sich entsprechend entwickelt, die Institutionen aber sind im wesentlichen dieselben geblieben. Passt, so stellt sich damit die Frage, die alte Organisation für den neuen Inhalt?

Abstimmungen nehmen zu, Beteiligung nimmt ab

Wer antwortet, denkt unwillkürlich an die Einrichtungen der direkten Demokratie. Hier lässt sich das Problem statistisch leicht belegen. Die Zahl der Abstimmungsvorlagen nimmt zu, die Zahl der an den Abstimmungen teilnehmenden Bürger nimmt ab. Die Ausübung der politischen Rechte muss für den Bürger wieder attraktiver werden und ohne Überwindung einer grossen Schwelle möglich sein. Gleichzeitig müssen die Abstimmungsvorlagen auf die wirklich nötigen begrenzt werden. Unser Land gilt – zu Recht – als ausgesprochen stabil, und dabei gibt es wohl keinen Staat, der in den letzten drei Jahren über 25 Vorlagen zur Änderung seiner Verfassung abgestimmt hat (bei einer durchschnittlichen Beteiligung von 42,9%). Die stabile politische



Grundstimmung deckt sich damit kaum mehr mit den Entscheidungsabläufen.

In ihre Betrachtungen über unsere Demokratie einbezogen hat die Arbeitsgruppe der FDP aber auch die repräsentativen Einrichtungen der schweizerischen Demokratie. Zu Überlegungen Anlass gegeben hat insbesondere die Stellung der Bundesversammlung, die nach der Verfassung unter Vorbehalt der Rechte des Volkes und der Kantone die oberste Gewalt ausübt. Ist die Bundesversammlung noch oberste Gewalt

oder nur noch Gegengewicht; kann sie – anders ausgedrückt – noch selbständig gestalten oder nur noch bereinigen, was ihr vorgelegt wird, und gegebenenfalls durch Vorstösse Vorlagen verlangen? Die Thesen der FDP gehen aus von der Vorstellung eines Parlaments, das nicht allein handelt, sondern in die Zusammenarbeit der Behörden einbezogen ist, das aber seine Eigenständigkeit und seine Gestaltungskraft wahrht. Drei Fragenkreisen wird in den Thesen besonderes Gewicht gegeben:

1. Stellung des Parlamentes

Nach Auffassung der Arbeitsgruppe der FDP sollten die Parlamente im allgemeinen und die Bundesversammlung speziell nicht zur «Oberverwaltungsbehörde» werden und Kompetenzen ausüben, die der Regierung zustehen. Die Volksvertretung muss ihre Grundaufgabe der Gesetzgebung wahrnehmen, hier aber eigenständig und gestaltend wirken. Auf die Notwendigkeit der qualifizierten Erfüllung der eigenen Aufgabe ohne Ausweichen in die Befugnisse anderer Behörden war in der Debatte des Ständerats über die politische Planung hinzuweisen.

Bei diesem Ausgangspunkt musste dem Vernehmlassungsverfahren Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dieses Verfahren hat sich im Lauf der Zeit zum wesentlichen Element der Meinungsbildung entwickelt und wird schon in der Verfassung für die Rechtsetzung in verschiedenen Bereichen vorgeschrieben.

Es hat sich grundsätzlich bewährt. Für die parlamentarische Arbeit sind damit aber auch Nachteile verbunden. Die erste Fassung des Umweltschutzgesetzes beispielsweise ist schon gar nicht ans Parlament gelangt, weil das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens negativ war. Das wiederholte sich bei anderen Gesetzesvorlagen. Damit kommt die institutionalisierte Volksvertretung erst zum Zug, nachdem die nicht-institutionalisierte «grüne Licht» gegeben hat. Ist in diesem Vorstadium ein Konsens erzielt worden, darf die Bundesversammlung keine grundlegenden Änderungen mehr vornehmen, weil sonst «die Scheiterbeige» zusammenfällt. Die gleiche Ermahnung erhält man in kantonalen Parlamenten. – Mit diesen kritischen Bemerkungen tritt die FDP-Arbeitsgruppe nicht generell gegen das Vernehmlassungsverfahren an. Aber sie wünscht, dass die politischen Entscheide nicht schon fallen, bevor die Bundesversammlung sich äussern kann. Sie wünscht sich auch Eigenständigkeit des Parlamentes in der Entscheidung mit der Möglichkeit der Wahl einer Lösung, die nicht in dieser Formulierung Gegenstand der Vernehmlassung gebildet hat.

Verordnungen spielen heute eine grosse Rolle. Das ist an sich durchaus richtig, weil viele technische Fragen sich nicht sinnvoll im Gesetz regeln lassen und weil bei der Ordnung neuer Probleme die Auswertung von ersten Erfahrungen besonders wichtig ist und sich durch Anpassung einer Verordnung leichter bewerkstelligen lässt als durch Gesetzesrevision. Aber die politisch bedeutsamen Regeln müssen in den Gesetzen enthalten sein.

2. Direkte Demokratie

Es gibt Gesetze, die nur einen relativ kleinen Teil der Bürger direkt betreffen und deren Erlass oder Revision kaum als politischer Akt von grossem Gewicht eingestuft wird. Andererseits wirken sich Einzelentscheide heute unter Umständen stark aus, insbesondere dort, wo grosse und bleibende Anlagen durch die Öffentlichkeit oder durch Private erstellt werden. Hier wünschen die Bürger mitzusprechen, weil ihnen die Mitwirkung an der Aufstellung

Warum freisinnige Thesen zur Demokratie?

Wenn sich die FDP heute mit der Weiterentwicklung unserer demokratischen Institutionen auseinandersetzt, so deshalb, weil sie die sich abzeichnenden Tendenzen analysieren und zur Weiterentwicklung der demokratischen Institutionen einen konstruktiven Beitrag leisten will, der sich an einer Gesamtsicht orientiert.

Die Thesen sind primär auf die Bundesebene ausgerichtet. Sie richten sich deshalb an die schweizerische Partei und die freisinnige Fraktion der Bundesversammlung. Die Folgerungen sollen wegleitend sein für die Probleme, die sich in nächster Zeit stellen werden, insbesondere für die Arbeit von Partei und Fraktion bei der Totalrevision der Bundesverfassung. Die Thesen enthalten Ideen und Denkanstösse, die zu weiteren Überlegungen führen sollen. Sie fügen sich in den Gesamtrahmen unseres liberalen Gedankengutes, wie sie auch in den «Grundsätzen des modernen Liberalismus», unserem 1982 verabschiedeten Grundsatzprogramm, sowie den «Zielsetzungen 87/91» ihren Niederschlag gefunden haben.

Die Thesen sind in vier Teile gegliedert: einen Einleitungsteil, in welchem darauf hingewiesen wird, dass für uns nach wie vor das Bild des verantwortlichen Menschen Ausgangspunkt ist und dass Freiheit in der individuellen Verantwortung und damit untrennbar in der kollektiven Verantwortung für die Gemeinschaft zum Ausdruck kommt. Daran fügt sich ein zweiter Teil, der sich damit auseinandersetzt, dass unsere Volksrechte in der heutigen Zeit

vor neue Herausforderungen gestellt werden – man denke nur an den Wandel der Wertvorstellungen, die Vorzüge, aber auch die Anfechtungen der Konkordanzdemokratie, die Grenzen politischer Problemlösungen, die Volksrechte unter dem Druck neuer Artikulationsformen und die Fragen um die Anpassung unserer Volksrechte angesichts der Vielschichtigkeit und Komplexität der modernen Staatsaufgaben. In einem dritten Teil werden die veränderte Stellung des Parlamentes – infolge eines ausgebauten, bisweilen überperfektionierten Vernehmlassungsverfahrens, infolge der rechtssetzenden Befugnisse des Parlamentes an die Regierung, infolge auch einer verstärkten Hervorhebung der Einzelperson – sowie die Grenzen des Milizsystems und die damit verbundene Stärkung der Verwaltung behandelt. Dieser soll gewissermassen überleiten zum vierten Teil, welcher Vorschläge für die Weiterentwicklung der Institutionen der direkten Demokratie enthält.

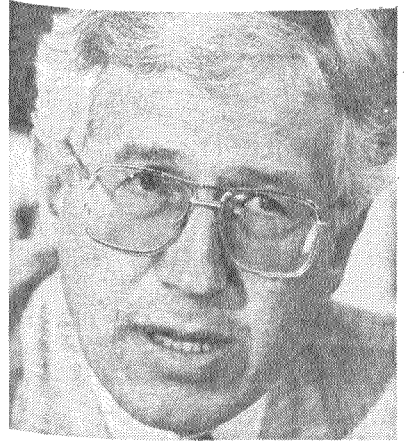
Was streben wir Freisinnigen mit diesen Thesen an: Die Bewahrung und Entwicklung unserer einzigartigen Demokratie stellt heute mehr denn je eine grosse Herausforderung dar. Sie verlangt ein Nach-Denken und Vor-Denken, Vertrauen in bewährte Institutionen wie Mut zur Veränderung und Fortbildung. Stillstand ist auch hier Rückstand. Die vorliegenden Thesen sind Ausdruck des Willens der FDP, am Weiterausbau des demokratischen Fundamentes unseres Gemeinwesens aktiv mitzuwirken.

Nationalrat Bruno Hunziker, Aarau, Präsident FDP der Schweiz

Vier Thesen zur Entwicklung unserer Volksrechte heute und morgen

● *Erstens werden unmittelbar-demokratische Instrumente wichtiger enn je. Gerade in Zeiten des Umbruchs und der Politikunsicherung bedarf die Politik der demokratischen Verankerung und der Mitverantwortung des Volkes. Diese These richtet sich sowohl gegen jene Progressiven, die unter der Bedächtigkeit und Bremsfunktion der Volksrechte leiden, als auch gegen jene Konservativen, welche Angst vor «zuviel Volk» und dessen Veränderungspotential haben.*

● *Zweitens weisen unsere Volksrechte heute gewisse Defizite auf, die es zu beheben gilt. So soll die Initiative nicht auf Verfassungsfragen beschränkt*



bleiben – eine Ausweitung im Sinne der Einheitsinitiative drängt sich auf. Das Referendum soll nicht nur gegen Gesetze (und allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse) ergriffen werden können, sondern gegen andere wichtige, das Volk berührende Parlamentsbeschlüsse. Grundsätzlich müssen sich die Volksrechte auf die wichtigen politischen Entscheidungen im

Staat erstrecken, damit sie glaubwürdig und effektiv bleiben (oder wieder werden).

● *Drittens heisst Aufwertung der Volksrechte auch anderer Problemkreise, namentlich der Stellung des Parlamentes gegenüber der Regierung, der bedauernden Entleerung unserer Gesetze durch Delegationen an die Exekutive, der Information der Bevölkerung, ja der Ausformung unserer Meinungs- und Willensbildungsprozesse allgemein.*

● *Viertens kann zwar eine spezifische Betroffenheitsdemokratie kein gültiges Leitbild für die Ausgestaltung unserer Volksrechte darstellen. Trotzdem ist die Rücksichtnahme auf besonders stark berührte Minderheiten oder Regionen ein politisches Gebot ersten Ranges. Der Bericht weist entsprechende Möglichkeiten der Realisierung auf. Unter Umständen muss m. E. auf ein Werk, z. B. eine Grossanlage, verzichtet werden, wenn deren Auswirkungen der besonders betroffenen Bevölkerung nicht zugemutet oder von künftigen Generationen nicht rückgängig gemacht werden können.*

Die Zukunft unserer Volksrechte hängt aber wesentlich davon ab, ob wir als Bürgerinnen und Bürger mit Mass und Überlegt von ihnen Gebrauch machen und ob ihnen die Behörden uneingeschränkt Folge leisten. Beides erscheint nicht gesichert. Aktualisierte Volksrechte verlangen auch weiterhin, dass sie vom Volk wie von den Behörden als Grundpfeiler unserer politischen Kultur ernst genommen werden.

Prof. René Rhinow, Seltisberg BL

der abstrakten Regeln – beispielsweise über den Strassenbau oder die Verwendung der Atomenergie – nicht ausreicht. Die Arbeitsgruppe der FDP plant eine Weiterbearbeitung des Fragenkreises. Sie erblickt einen Weg dazu vor allem in der Neudefinition des Bundesgesetzes oder auch des Bundesbeschlusses mit der Möglichkeit, über einzelne grosse Anlagen oder über Gruppen von solchen auf demokratischem Wege in einem solchen Erlass zu befinden.

3. Rücksicht, aber keine Sonderrechte

In der Demokratie befinden jene über die Gesetze, die der getroffenen Ordnung nachher unterstehen. Dieser Idealvorstellung kann aber kein Entscheidungsverfahren voll entsprechen, weil der Kreis der Betroffenen und der Entscheidenden nicht völlig übereinstimmt (Ausländer, Jugendliche) und Beschlüsse sich auf die folgende Generation auswirken können. Neuerdings kommt der Wunsch nach dem Entscheid der besonders Betroffenen (speziell bei Grossanlagen) deutlicher zum Ausdruck. Die entsprechenden Initiativen sind abgelehnt worden, und die FDP gedenkt nicht, solche Vorschläge von sich aus zu machen oder zu unterstützen, wenn sie von anderer Seite kommen. Sie will dem Anliegen dadurch Rechnung tragen, dass föderalistische Lösungen dort ge-

wählt werden, wo dies möglich ist, dass der Gesetzesbegriff ausgedeutet wird, um Sachfragen stärker in den demokratischen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen, und dass bei den Entscheiden auf die Ansichten auch der Minderheiten Rücksicht genommen wird.

Vorschläge

Für die Mitwirkung der Bürger im Rahmen der Einrichtungen der direkten Demokratie werden Vorschläge vorgelegt, die hier im Sinne einer Aufzählung kurz erwähnt seien:

Die FDP setzt sich für die integrale Verwirklichung des Frauenstimmrechts ein, wo dieses immer noch fehlt. Sie tritt für die Senkung des Stimmrechters (und des Mündigkeitsalters) auf 18 Jahre ein. Ein Ausländerstimmrecht wird nicht vorgeschlagen; ihm wird die Integration der Ausländer und dann die Einbürgerung vorgezogen. Die politischen Rechte der Auslandschweizer schienen der Arbeitsgruppe zu genügen.

Demokratische Rechte der Bürger sind vom Rechtsschutz zu unterscheiden. Bei der Vorbereitung politischer Entscheide mit wesentlichen regionalen Auswirkungen ist der Bevölkerung des betreffenden Bereichs Gelegenheit zur Äusserung zu geben. Der Weiterzug von Entscheiden dage-

Fortsetzung auf Seite 6

Bitte senden Sie mir

... Exemplare (à Fr. 3.-) «Politische Rundschau»: FDP-Thesen zur Demokratie

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.



Erläutert wurden die «FDP-Thesen zur Demokratie» an einer Pressekonferenz von Parteipräsident Nationalrat Bruno Hunziker (Vorsitz, Mitte) sowie dem Präsidenten des Ausschusses für Staatspolitik, Ständerat Prof. Riccardo Jagmetti (zweiter von rechts), dem Staatsrechtler (und freisinnigen Ständeratskandidaten in Baselland) Prof. René Rhinow (rechts) sowie Jeannine de Brocard und FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger (links). (Photo ruti)

Fortsetzung von Seite 5

gen ist jenen vorzubehalten, die in besonderem Masse betroffen sind oder – wie bei der Verbandsbeschwerde – mit der Wahrung öffentlicher Interessen betraut sind. Konsultativabstimmungen gegenüber ist die Arbeitsgruppe sehr reserviert, weil sie ein System mit klarer Verantwortung anstrebt.

Die Volksrechte müssen die Entscheidungen von wesentlicher politischer Tragweite erfassen. Im Hinblick darauf ist die Aufteilung der Rechtsetzung auf Verfassung, Gesetze und Verordnungen in vermehrter Masse durch den Verfassungsgeber selbst zu treffen. Aber auch für die Anordnung von Massnahmen sollen referendumsfähige Formen zugelassen werden, wo das im Hinblick auf die politische Bedeutung der Entscheidung notwendig ist.

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, zusätzlich zur bestehenden Verfassungsinitiative die Einheitsinitiative zuzulassen und damit den Bürgern den Weg zur Antragstellung für Gesetze zu öffnen. Sie will auch beim Referendum eine Neuerung einführen und dessen Ergreifung durch drei Kantone zulassen, insbesondere um regio-

nalpolitische Anliegen zum Ausdruck zu bringen.

Im Bereich der Raumplanung soll der Bund den Kantonen keine bestimmten organisatorischen Regelungen aufzwingen, um ihnen die Entwicklung oder Erhaltung der Planungsdemokratie zu ermöglichen. Das Verwaltungsreferendum auf Bundesebene für bestimmte Fälle wäre durch entsprechende Verfassungsvorschrift zuzulassen und im betreffenden Sachbereich durch Gesetz einzuführen. Ein allgemeines Finanzreferendum hält die Arbeitsgruppe auf Bundesebene nicht für sinnvoll.

Verwirklichung der Vorstellungen

Mit der Untersuchung und der Entwicklung von Vorstellungen ist die Arbeit nicht abgeschlossen. Gewisse Anliegen sollen in Vorschlägen ihren Ausdruck finden, andere wären in der politischen Praxis von Partei und Fraktion zu beachten. Verschiedene Vorstellungen bedürfen noch der Ausarbeitung im Detail. Das soll zur Hauptsache in der nächsten Legislatur geschehen.

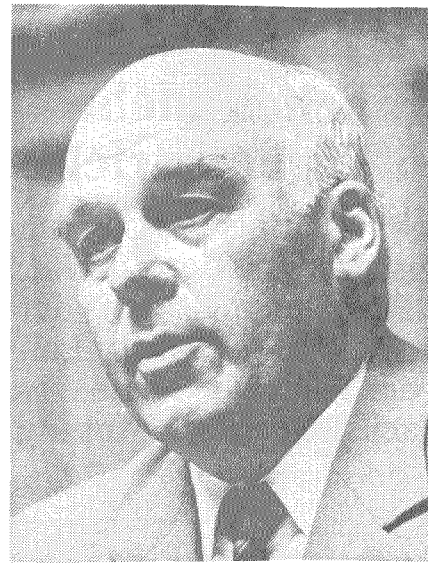
mente sind zwar nicht neu, wohl aber die Herkunft der Kritiker. Wenn günstigeres Landwirtschaftswetter, höhere Produktivität und bessere Ernten zu höheren Verlusten für alle Kassen führen, geht das jedem wirtschaftlich erzeugten Schweizer zutiefst gegen den Strich. Er widerspricht intuitiv, weil er in seinem Beruf vollständig umgekehrte Erfahrungen macht. Wohl deshalb haben sich erfolgreiche Vertreter der Wirtschaft mit der Landwirtschaft angelegt. Sie haben einen Graben der Verständnislosigkeit mitten durch das gemeinsame politische Hinterland von Wirtschaft und Landwirtschaft aufgeworfen.

Gefochten wird mit Worten, zu denen die Begriffe fehlen (z. B. mehr internationaler Markt), mit Zahlen, zu denen Herleitungen und Wirkungen fehlen (z. B. landwirtschaftliche Gesamtkosten oder soziale Kosten), und mit Motiven, denen die gesamtschweizerische Dimension fehlt.

Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat in der Reihe ihrer Schwerpunktarbeiten im Herbst 1986 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Nationalrat Richard Reich beauftragt, diese Kritiken auszuleuchten und grundsätzlich zur schweizerischen Landwirtschaftspolitik Stellung zu beziehen. Das Resultat liegt vor, es sind Thesen und Aussagen.

Die heutigen Ziele, auf die unsere Landwirtschaftspolitik ausgerichtet ist, haben wir sowohl kritisch betrachtet als auch deutlich genannt. Es sind dies:

- die Versorgung mit hochwertigen und gesunden Produkten



- die Vorsorge bei gestörter Zufuhr
- der Schutz und die Förderung einer gesunden Landschaft und Natur
- die Erhaltung eines strukturell gesunden Bauernstandes

Mit diesem neuen Schwerpunktthema (nach den Grundsatzpapieren über Wald, Finanzen, Energie, Ökologie) will die freisinnige Fraktion die eigene Meinungsbildung intensivieren und die politischen Absichten über den Tag hinaus nach aussen deutlich machen. Wir Freisinnigen wollen damit auch der öffentlichen Diskussion eine sachlich fundierte Grundlage geben. Zielkonflikte aufzulösen und konkrete Politik zu machen, das wird von uns zu Recht erwartet. Wir haben uns vorgenommen, die Anliegen der Landwirtschaft, der Konsumenten und der Wirtschaft zu erfassen und einen gemeinsamen Weg für die Schweiz und ihre Bauern aufzuzeigen.

Statt Über- umweltgerechte Produktion

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung fordert in einer Motion (Sprecher: Nationalrat Richard Reich, ZH) die Beseitigung der strukturellen Überproduktion und der damit verbundenen Erschwernisse bei der Realisierung der einkommenspolitischen Ziele der Agrarpolitik. Sie schlägt deshalb einerseits die Ausrichtung von Direktzahlungen an Bauern vor, die umweltgerecht produzieren, und andererseits verlangt sie ein Vorzugspreissystem für umweltgerecht erzeugte landwirtschaftliche Produkte, wobei die Qualitäts- und Bewirtschaftungskriterien durch den Bundesrat festzulegen wären. Im Vorstoss wird die Landesregierung beauftragt, entsprechende gesetzliche Grundlagen auszuarbeiten.

Die Bemessungskriterien für Direktzahlungen sind gemäss den freisinnigen Vorstellungen nach regionalen, betriebs- und produktionsstrukturellen Gesichtspunkten auszugestalten. Zu finanzieren wären die Direktzahlungen in erster Linie durch Einsparungen als Folge des Abbaus von Überproduktion. Die Vorzugspreise für Erzeugnisse von optimaler Qualität aus ökologischer und damit umweltgerechter Produktion müssten durch Vereinbarungen zwischen der Produktionsstufe (Produzentenorganisationen) und der Handelsstufe (namentlich Grossverteilerorganisationen) gesichert werden.

Die freisinnige Antwort

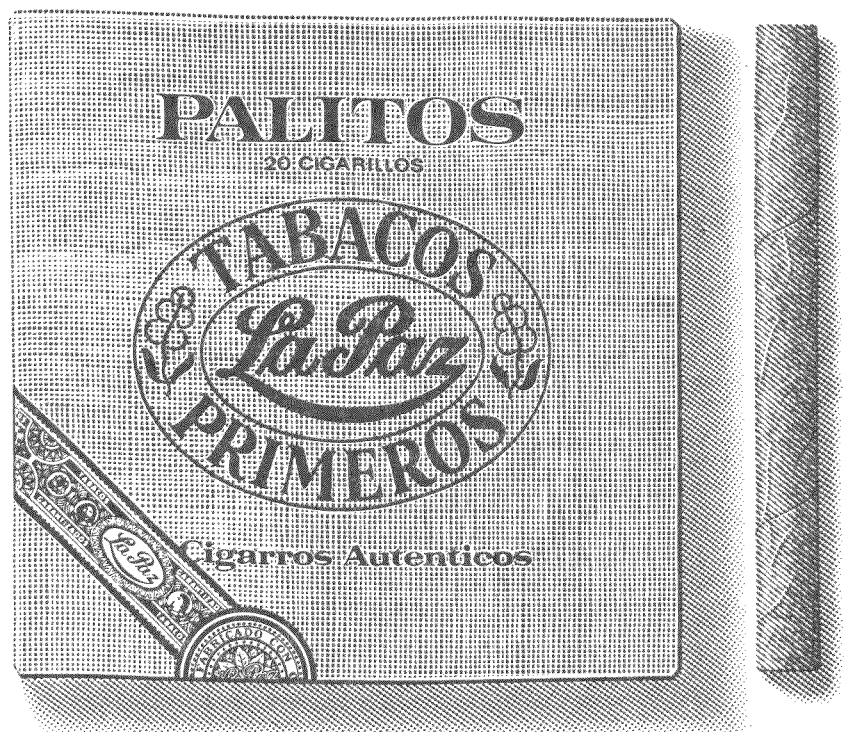
Umstrittene Landwirtschaftspolitik

Immer mehr in das Schussfeld der Kritik ist die schweizerische Landwirtschaftspolitik geraten. Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat deshalb Thesen zur Agrarpolitik erarbeitet. Die Gründe dafür erläutert nachstehend Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH):

Die Konflikte zwischen Konsumenten, Verteilern und Produzenten sind auch in der Landwirtschaft alt, verständlich und überblickbar. Es geht dort hauptsächlich um Versorgungsgrade und um Preise, aber auch um Handelschranken.

Die Konflikthanreicherung durch ökologische Aspekte ist zwar nicht mehr neu, aber auch noch nicht hinlänglich erfasst oder gelöst. Dort geht es um Gesundheit der Natur und der Menschen. Seit kurzem wird ein weiteres Konfliktfeld sichtbar. Die Ele-

Natürlich von La Paz.



Die unkomplizierten Cigarillos für jede Tageszeit. La Paz Palitos. Ideal für Umsteiger, die sich nach dem besseren Geschmack sehnen. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen La Paz-Mélange. Doppelt umhüllt mit einem erstklassigen Java-Deckblatt. Und darum mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug.

Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt. Für alle, die das Unverfälschte und Ehrliche mögen. La Paz Palitos: Einfach gut.

Cigarros Autenticos.

Bitte senden Sie mir

... Exemplare (à Fr. 3.-) «Politische Rundschau»: FDP-Agrar-Thesen

Name

Strasse

PLZ/Ort

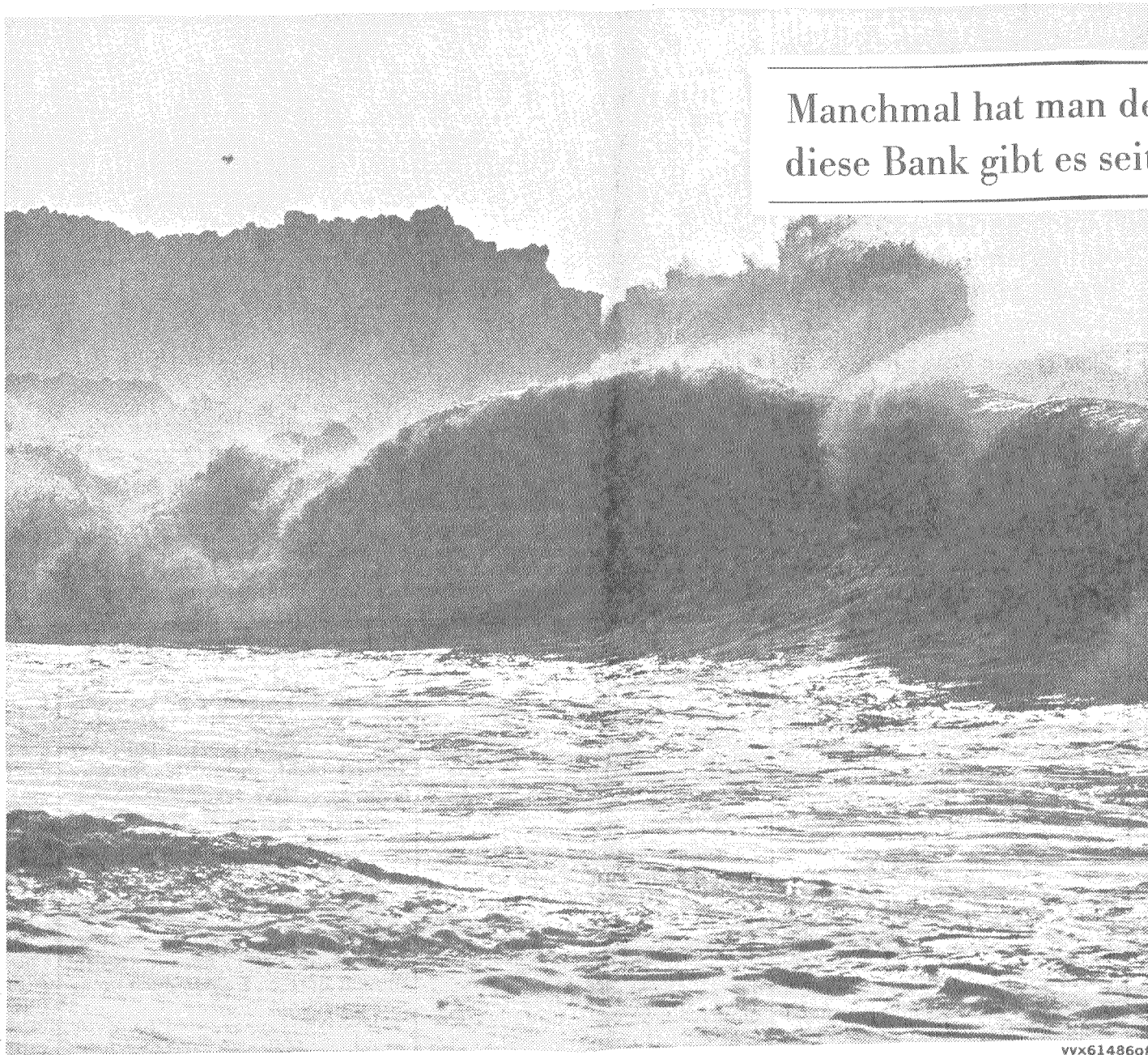
Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen. Eines der Geheimnisse einer erfolgreichen Bankbeziehung aber gilt unverändert seit Jahrhunderten: Zeit haben für den Kunden.

Zwar gibt es auch bei uns den Dialog mit dem Computer. Nie jedoch ersetzt er das einfühlsame, menschliche Gespräch. Und deshalb setzen wir uns auch bei aller Dynamik und der Forderung nach schnellem Handeln über alles Unpersönliche hinweg – und mit unseren Kunden lieber in aller Ruhe an einen Tisch.

Eine Tradition unseres Hauses, die wir für alle Zeiten beibehalten wollen, als gäbe es sie seit Urzeiten.

PS: Unsere Bank wurde 1924 gegründet...



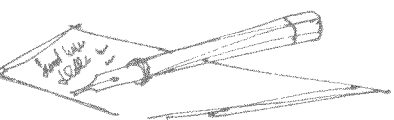
Manchmal hat man den Eindruck, diese Bank gibt es seit Urzeiten.

BANK VONTOBEL
Zürich

persönlich – professionell

Bank J. Vontobel & Co. AG,
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,
Schweiz, Tel. 01 488 7111.
Vontobel USA Inc.,
450 Park Avenue, New York, N.Y.
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

Leserbriefe



Wieder einmal: Kosten im Gesundheitswesen

In den verschiedenen Medien und öffentlichen Diskussionen wird erneut über das Gesundheitswesen bzw. dessen Kosten diskutiert. Es bedrückt uns, dass über obiges Thema nur von der fälschlicherweise als «Kostenexplosion» bezeichneten Problematik die Rede ist, nicht aber von der ebenfalls eingetretenen «Leistungsexplosion» (wir nennen sie nun auch so), die korrekterweise auch mitberücksichtigt werden müsste. Ganz abgesehen davon, dass man nicht von einer «Explosion» sprechen darf, denn bekanntlich ist eine Explosion etwas Einmaliges und nicht ein Dauerzustand. Man müsste eigentlich von der Kostensteigerung reden.

Es ist sicher nicht gut, wenn nun auch noch im «Freisinn» in Panik über die steigenden Gesundheitskosten gejammert wird. Mit einem solchen Mitbrüllen im Chor von Leuten, die nur nachschreien,

was andere einmal vorgebrüllt haben, besorgen wir die Geschäfte der politischen Linken. Ist dazu der «Freisinn» da?

Man unterlässt bewusst die segensreiche Tätigkeit aller Institutionen im Gesundheitswesen. Es ist nicht nur eine Steigerung der Kosten zu verzeichnen, auch die Leistungen, die erbracht werden, sind enorm gestiegen. So werden heute Krankheiten oder Unfälle geheilt, die früher kaum eine Chance zur Heilung hatten.

Aus den vielen Zeitungsberichten und öffentlichen Diskussionen muss man annehmen, dass ausschliesslich die Krankenkassen für die Kosten aufzukommen haben, was nicht richtig ist. Es sind die Suva, EMV, IV und auch die privaten Versicherungen, die ganz wesentliche Beiträge an die Kosten leisten, im Verhältnis zu den Leistungen der Krankenkassen eher überproportional.

Es ist eine Tatsache, dass die Kosten im Gesundheitswesen steigen. Von einer Explosion sollte aber schon lange keine Rede mehr sein, das ist vorbei. Es bleibt die Tatsache, dass die Kosten des Gesundheitswesens ein bisschen mehr als der Lebenskostenindex steigen. Aber dafür hat die Bevölkerung etwas. Es ist eben tragisch für uns: ist ein Patient dank einer teuren Behandlung früher in der Lage, wieder zu arbeiten, so fallen im Gesundheitswesen nur die Kosten an. Der Ertrag erscheint an anderen Stellen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wobei die ständig verkürzte Aufenthaltsdauer in den Spitälern hier massgeblich zugunsten der Volkswirtschaft partizipiert.

Es gibt viel teurere Kostenexplosionen im Staate. Zum Beispiel im Bildungswesen, wo die Kosten viel schneller als im Gesundheitswesen angestiegen sind. Der Beispiele gäbe es mehrere...

Würde die Bevölkerung gesünder leben, gäbe es wenige Krankheiten und Unfälle. Vergewagt man sich einmal, was Alkohol, Tabak, Bewegungsmangel, Übergewicht, unnötiges Autofahren an Krankheiten und Unfällen zur Folge haben...

Es ist weiter durchaus verständlich, wenn der Patient von den ihm von der Industrie (über die Medien TV usw.) tagtäglich dargebotenen Möglichkeiten Gebrauch machen will und dadurch die Ärzte und Spitäler zwingt, immer wieder à jour zu sein, um ja «konkurrenzfähig» zu bleiben. Dass dies Kosten verursacht und von jemandem getragen werden muss, liegt auf der Hand. Sicher sind es diejenigen, die immer wieder von den Kosten im Gesundheitswesen ausrufen, die dann, falls selber betroffen, von diesem Gesundheitswesen Maximalleistungen fordern!

Bei den ständigen Angriffen auf das schweizerische Gesundheitswesen, das sich übrigens weltweit betrachtet sehen lassen darf, insbesondere auf Spitäler und Ärzte, müssen alle Faktoren mitberücksichtigt werden. Es dürfen nicht nur einseitige Betrachtungsweisen stattfinden. Diese Angriffe wecken bei der Bevölkerung ein sicher verzerrtes Bild. Im übrigen handelt es sich bei der schweizerischen Kostenentwicklung nicht nur um ein schweizerisches, sondern um ein weltweites Problem, wobei diejenigen Länder mit dem «totalen sozialen Gesundheitswesen» weit schlechter abschneiden. Sicher müssen alle Verantwortlichen im Gesundheitswesen darauf bedacht sein, die Kosten aufmerksam zu verfolgen und wo möglich entgegenzuwirken. Hüten wir uns aber vor den ständigen Übertreibungen.

Dr. med. Martin Röthlisberger
Allgemeinmedizin FMH, Arosa
(Präsident FDP Graubünden)
Silvio Zuccolini, Spitalverwalter,
Thuis/Scharans
(Pressechef FDP Graubünden)

Wie viele Stunden Lehrlingsturnen?

Der Bundesrat soll prüfen, ob der obligatorische Turn- und Sportunterricht für alle Lehrlinge pro Woche mindestens eine Lektion und höchstens eine Doppellektion umfasst. Dies fordert in einem Postulat Nationalrat Hans Künzi. Gemäss geltender Regelung umfasst der obligatorische Turn- und Sportunterricht pro Woche bei eintägigem Berufsschulunterricht mindestens eine Lektion, bei ein- und zweitägigem Unterricht eine Doppellektion.

In der Begründung seines Vorstosses weist der freisinnige Zürcher Volksvertreter auf eine Ende Mai dieses Jahres abgeschlossene Umfrage des Bigahin, die ergab, dass das Obligatorium für den Turn- und Sportunterricht an den Berufsschulen, das auf Beginn des Schuljahres 1986 hätte verwirklicht werden müssen, noch nicht in allen Kantonen erfüllt ist. Auch im Kanton Zürich können, gemäss Nationalrat Künzi, trotz grossen Anstrengungen zur Realisierung des Obligatoriums (in den letzten 15 Jahren wurden im Kanton Zürich an zehn Berufsschulen insgesamt 29 Turnhallen und ein Hallenbad für den Lehrlingssport erstellt) von rund 32 400 Pflichtschülern erst rund 19 000 oder 59 Prozent den obligatorischen Turn- und Sportunterricht besuchen. Allein für die Berufsschulen in der Stadt Zürich müssten zur vollständigen Verwirklichung des Turnobligatoriums im vorgeschriebenen Umfang bei den heutigen Lehrlingszahlen noch 15 bis 16 Turnhallen in Schulnähe errichtet werden.

Diese Schwierigkeiten könnten nach Ansicht von Nationalrat Künzi vermindert werden, wenn der obligatorische Unterrichtsumfang für alle Lehrlinge auf mindestens eine Lektion pro

Woche reduziert würde. Für ihn ist es zudem unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung aller Lehrlinge nicht einzusehen, weshalb für die Lehrlinge bestimmter Berufe zwingend eine Doppellektion, für die Lehrlinge der übrigen Berufe dagegen nur mindestens eine Lektion Turn- und Sportunterricht vorgeschrieben ist. Ausserdem bestehe heute bei einzelnen Berufen ein Missverhältnis zwischen dem gesamten Unterrichtsumfang und dem vorgeschriebenen Unterrichtsumfang für den Turn- und Sportunterricht. So sei etwa im Lehrplan für den beruflichen Unterricht der kaufmännischen Angestellten im Jahre 1986 der gesamte Unterrichtsumfang von 1800 auf 1680 Lektionen reduziert worden, bei gleichbleibendem Unterrichtsumfang von 240 Lektionen für das Fach Turnen und Sport. – Aus diesen Gründen ist für Nationalrat Künzi eine Änderung der geltenden Bestimmungen in dem Sinne angezeigt, dass künftig für alle Lehrlinge mindestens eine Lektion Turn- und Sportunterricht pro Woche vorgeschrieben wird und dort, wo es möglich und erwünscht ist, eine Doppellektion möglich ist.

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Gespräch am Rande der Delegiertenversammlung der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF) in Solothurn zwischen (v. r. n. l.): SVFF-Präsidentin Regula Frei-Stolba (Aarau), dem Präsidenten der Solothurner Freisinnigen, Nationalrat Willy Pfund, Susanne Jenzer und FDP-Präsident Nationalrat Bruno Hunziker. (Photo M. Peter)

Neues aus der JBS

Stellungnahme zur Totalrevision der BV

In der Junisession stellte die JBS einem Grossteil der National- und Ständeräte ihren Bericht zur «Revision der Bundesverfassung» zu. Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) wollte damit unseren Parlamentariern zeigen, dass sich die Diskussion nicht nur im schweizerischen Parlament abspielt, sondern dass sich auch andere politische Gruppierungen mit der Totalrevision der Bundesverfassung befassen. Ein Bericht von Andreas Gache:

Das Anliegen der Totalrevision der Bundesverfassung wird innerhalb der JBS seit Jahrzehnten immer wieder intensiv diskutiert (siehe auch beiliegenden Text). 1984 hat die JBS eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die vier seit 1977 vorgelegten Entwürfe (Expertenentwurf 1977, FDP-Entwurf 1979, Kölz/Müller-Entwurf 1984 und Modellstudie 1985) eingehend analysiert hat. 1986 widmete die JBS ihren «Tag der Jungen» (politisches Wochenende) dem Thema «Totalrevision der Bundesverfassung». Die Resultate der Arbeitsgruppe und vom «Tag der Jungen» sind in diesem Bericht zusammengefasst.

Gründe

Ein anderer Grund ist die Tatsache, dass die JBS eine Jugendpartei ist. Eine Gruppierung, die weder extrem rechts noch extrem links politisiert: Sie steht einer bürgerlichen Grosspartei «kritisch» nahe. Die JBS wird gerade deshalb immer für eine freiheitliche demokratische Bundesverfassung kämpfen. Dies steht klar und deutlich auf den ersten Seiten des JBS-Berichtes: «Für die JBS ist das Anliegen der Totalrevision eine Gelegenheit, sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung und den eigenen politischen Zielvorstellungen, die sich am liberalen Gedankengut orientieren, in grundlegender Weise auseinanderzusetzen. Sie fühlt sich als Jugendpartei verpflichtet, an der Gestaltung des Staates und damit an der Zukunft der jungen Generation mitzuarbeiten.»

Die Gründe, welche die Arbeitsgruppe und ein Grossteil der Mitglieder der JBS anführen, wenn sie eine materielle Totalrevision der Bundesverfassung befürworten, sind folgende:

- die zahlreichen Partialrevisionen (127 in 113 Jahren) lassen die Verfassung unübersichtlich erscheinen;
- die fehlende Systematik der Verfassung. Sowohl die Arbeitsgruppe als auch die Delegierten (1986) beklagen das Fehlen eines Grundrechtskataloges. Man fordert energisch, dass die neue Verfassung einen solchen aufnimmt. Heute muss man, um sich umfassend über die Grundrechte zu informieren, die Rechtsprechung des Bundesgerichts beiziehen;
- die Verfassung ist lückenhaft geworden;
- die Ziele der Verfassung von 1874 (Wohlstand mehren, herbeiführen einer Rechtsvereinheitlichung und Zentralisierung der Armee) sind erreicht. Die heutige Verfassung vermag jedoch der Entwicklung der landwirtschaftlich und gewerblich orientierten Gesellschaft zu einer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nicht befriedigend Rechnung zu tragen;
- die Jungliberalen fordern aber eine Totalrevision der Bundesverfassung vor allem auch, weil sie glauben, besonders bei der jüngeren Generation einen gewissen Wertewandel festgestellt zu haben. Lebensqualität ist heute genauso wichtig wie materieller Wohlstand. Der Schutz der Umwelt nimmt heute (nach den Unfällen in Tschernobyl und Basel) im täglichen politischen Leben der JBS

einen grossen Platz ein. Auch die vermehrten Möglichkeiten der Selbstentfaltung und die Stellung der zwischenmenschlichen Beziehungen werden stärker gewichtet.

Für Revision im Rahmen traditioneller Werte

Die JBS sieht in einer Totalrevision der Bundesverfassung die Chance, «die demokratisch-liberalen Grundelemente zu erneuern und einen neuen Grundkonsens über diese Werte (Demokratie, Freiheitlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Bundesstaatlichkeit) herbeizuführen».

Nach Meinung der Arbeitsgruppe bilden die bestehenden bürgerlichen Mehrheitsverhältnisse eine genügende Garantie dafür, dass die Revision tatsächlich im Rahmen der unserem Staat zugrundeliegenden Werte erfolgt und dass nicht eine Umwälzung des Staatssystems angestrebt wird.

Welche Punkte müssen nach Meinung der JBS unbedingt in einer neuen Verfassung aufgenommen werden? Nebst dem oben bereits erwähnten, dem Schutz der Umwelt, ein in den Augen der Arbeitsgruppe wichtiger und zentraler Punkt, hat die JBS bei ihrer Diskussion die folgenden Punkte in den Vordergrund gestellt. Bei der Diskussion über die Organisation des Bundes traten die Jungliberalen zuerst für eine Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre ein. Die Herabsetzung des Mündigkeitsalters 18 ist im ZGB zu regeln.

Die Gesetzesinitiative wird von einer Mehrheit der Delegierten am «Tag der Jungen» 1986 ebenfalls unterstützt. Man lehnt hier allerdings die Idee einer Einheitsinitiative ab und unterstützt den Vorschlag im Kölz/Müller-Entwurf. Die Kantonsinitiative sowie das Verwaltungsreferendum fanden bei den Jungliberalen ebenfalls breite Unterstützung.

Forderung nach mehr Transparenz

Für vermehrte Transparenz des politischen Betriebs und eine Stärkung des Parlaments gegenüber der Verwaltung, aber gegen die Pflicht, Herkunft und Summe der bei Wahlen eingetzten Geldmittel offenzulegen, wird plädiert. Die Pflicht zur Offenlegung der Interessenbindung der Parlamentarier erachten die Jungliberalen als selbstverständlich. Es wurde ebenfalls über eine Erhöhung der Bundesräte auf 9 diskutiert. Hier gibt der Bericht zwei Meinungen wieder. Während die Arbeitsgruppe sich dagegen ausspricht, plädieren die Delegierten am Tag der Jungen dafür. Weniger umstritten war die Forderung nach der Schaffung eines Grundrechtskataloges in einer neuen Bundesverfassung. Die Arbeitsgruppe «Grundrechte» 1986 diskutierte dabei auch, welchem Modell der Vorzug zu geben sei. Der Abschnitt «Grundrechte» im Bundesverfassungsentwurf der FDP machte das Rennen. Die Delegierten JBS waren der Meinung, dass der grösste Teil der Sozialrechte auf Gesetzesebene geregelt



Auf ein ausserordentliches Echo stiess eine Veranstaltung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverbandes, der sich im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen mit dem Thema auseinandersetzte, ob die Demoskopie den Wählerwillen verfälscht. An dieser Aussprache nahmen teil (v. l. n. r.): Alberto Meier (Direktor AES), Walter Wyss (DemoScope), Gottlieb F. Höpli (NZZ, Gesprächsleiter), Claude Longchamp (Forschungszentrum für schweizerische Politik) sowie Robert Blancpain (IPSO). (Foto rufi)

werden sollte. Ein Recht auf Arbeit kann vom Staat nicht garantiert werden.

Bei der Frage Aufgabenteilung wurde ganz klar das föderalistische System als einzig mögliche Lösung hervorgehoben. Die Vorschläge im Expertenentwurf, eine Zentralisierung des Staates, werden von der JBS abgelehnt. Bei der Diskussion in diesem Bereich beschäftigten sich die Jungliberalen vor allem mit den Problemkreisen Umwelt – dies wurde als zentrales und nationales Anliegen eingestuft, Energiepolitik – ebenfalls eine Domäne, welche in eidgenössischen Händen bleiben sollte, Wirtschaftspolitik – strenge Einhaltung der Handels- und Ge-

werbefreiheit und elektronische und gedruckte Medien – hier sollte weiterhin auf eine konstitutionelle Festlegung verzichtet werden, beim Gegenteil läuft der Staat Gefahr, dirigistisch zu wirken.

Bei der Diskussion über die Finanzpolitik sind sich alle in einem Punkt einig: So kann es nicht weitergehen. Die Regelungen im Bereich der Finanzen stolpern von einem Provisorium zum andern. Ein Wunderrezept hat die JBS in diesem Bereich freilich auch nicht anzubieten.

Optimismus

Der Bericht «Totalrevision der Bundesverfassung» der JBS ist

ein erster Schritt der Jungliberalen, sich mit den heutigen und künftigen Werten des Staates auseinanderzusetzen. 1935, nach verlorener Schlacht, Ablehnung der Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung, erklärte der Solothurner Urs Dietschi, dass der erste Kampf verloren sei, auch der zweite 1946/60 (Ständesinitiative des Kantons Basel-Stadt) ging verloren. – Heute hat die Jungliberale Bewegung der Schweiz die Gelegenheit, sich zum drittenmal in diesem Jahrhundert mit der Totalrevision auseinanderzusetzen. Den Optimismus, den Urs Dietschi 1935 verprüht hat, werden sich die Jungliberalen sicherlich zu Herzen nehmen.



ENTGEGEN DER LANDLÄUFIGEN MEINUNG SEHEN SICH NICHT ALLE BÄREN ÄHNLICH.

Genausowenig wie internationale Vermögensberater, wenn Sie sie sorgfältig unter die Lupe nehmen.

Die Bank Julius Bär, eine der führenden Privatbanken, besitzt über 40 Jahre Erfahrung in der internationalen Vermögensverwaltung.

Wir operieren vom Hauptsitz Zürich aus und sind selbstverständlich auch in London und New York aktiv: Die enge Verbindung zwischen einem starken Team internationaler Vermögensberater und moderner Kommunikationstechnik ermöglicht rasches und erfolgreiches Reagieren auf die jeweilige Marktsituation.

JB_{CO}B BANK JULIUS BÄR
For the fine art of Swiss banking.

Bahnhofstr. 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11, Tx. 823 865